

## Linkskonservativ, linksautoritär, linksnationalistisch?

### Sprachliche Wüschelrutengänge um das *Bündnis Sahra Wagenknecht*

Marco Bitschnau<sup>1</sup>

Seit seiner lange erwarteten Gründung Anfang des Jahres gibt das *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) der deutschen Politikwissenschaft einige Rätsel auf. Handelt es sich bei diesem neuesten Stern am immer vielfältiger blinkenden Parteiensfirmament um eine populistische Kraft, wie Jan Philipp Thomeczek glaubt?<sup>2</sup> Ist es ein Gemisch aus linken und rechten Versatzstücken, wie Aiko Wagner vermutet?<sup>3</sup> Wird das Bündnis der Alternative für Deutschland (AfD) in nennenswertem Umfang Stimmen abspenstig machen oder (als Fleisch vom Fleische der Linkspartei) vorrangig in sozialistischen Gewässern fischen? Und kann mit ihm wirklich eine repräsentationspolitische Leerstelle besetzt werden oder bedient es doch nur die unterstellte Eitelkeit seiner Vorsitzenden und Namensgeberin? Vieles davon ist derzeit nicht abschließend zu beantworten, anderes strittig und vor allem eine Frage des analytischen Blickwinkels. Manches aber bedarf einer ersten, wenn auch vorläufigen Einwendung – darunter die Frage, in welchen Ideologierahmen sich die Partei am besten einfügen lässt. In einem Land, in dem selbst zwischen rechtsextremen Verdachtsfällen und Gesichertheiten trennscharf unterschieden wird, alles andere als ein triviales Sujet.<sup>4</sup>

Anders als im Fall der AfD geht es hier jedoch nicht um Gradualität (also darum, wie sehr man sich dem Ende des politischen Spektrums genähert hat), sondern um Hybridität. Denn spätestens mit Erscheinen ihres programmatischen Bestsellers *Die Selbstgerechten* hat Sahra Wagenknecht keinen Zweifel daran gelassen, dass ein Parteiprojekt unter ihrer Führung einen anderen Weg einschlagen wird als die dahinsiechende Linkspartei: Weniger an Großstadtdallüren und Minderheitenthemen orientiert, weniger vermittlungschichtend, weniger wie ein rot eingefärbtes Imitat der Grünen auftretend; und auf der anderen Seite mehr darum bemüht, linke Positionen wieder jenen Bevölkerungsschichten zu vermitteln, die ihnen in

---

<sup>1</sup> Dr. Marco Bitschnau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz.

<sup>2</sup> Vgl. J. P. Thomeczek (2024). Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian—and Populist? An Empirical Analysis. *Politische Vierteljahresschrift*, 65(3), 535–552.

<sup>3</sup> Vgl. A. Wagner (2023). *Lechts oder links? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb*. FES Impuls. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

<sup>4</sup> Vgl. etwa J. Reuschenbach (2024). Nichts genaues weiß man nicht: Die deutsche Politikwissenschaft und die Gründung des BSW. *INDES – Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, 12(1–2), 227–235.

den vergangenen Jahren so zahlreich den Rücken gekehrt hatten.<sup>5</sup> Dieses zunächst schemenhafte, bald schon aber immer konkretere Formen annehmende Husarenstück ist in der öffentlichen Debatte mit einer Vielzahl an Adjektiven bedacht worden, von denen drei im Folgenden näher in Augenschein genommen werden sollen: *linkskonservativ*, *linksautoritär* und *linksnationalistisch*. Gemein ist ihnen, dass sie dem BSW zwar einen Linksbezug zusprechen, diesen aber mit Elementen kontrastieren, die so gar nicht der Selbstdarstellung der Gegenwartslinken entsprechen. Die also innehalten lassen und durch ihr Spiel mit ideologischen Erwartbarkeiten zum Widerspruch reizen.

### Linkskonservativ?

Die bislang steilste Karriere hat dabei wohl der *Linkskonservatismus* hingelegt. Er findet sich kaum ein dreiviertel Jahr nach Gründung der Partei in zahlreichen Debattenbeiträgen und Analysen,<sup>6</sup> besitzt passable Schlagwortqualitäten und scheint sich auch im medialen Feld zunehmend zu etablieren. Argumentativ unterfüttert wird er meist mit der Feststellung, dass das BSW wirtschaftspolitisch zwar linke, gesellschaftspolitisch aber konservative Positionen vertrete. Das mag auf den ersten Blick nachvollziehbar erscheinen – der Begriff ist aus verschiedenen Gründen aber dennoch eine unglückliche Wahl. So suggeriert er beispielsweise eine annähernde Bestandsgleichheit linker und konservativer Inhalte,<sup>7</sup> ganz als habe man in einem Labor zwei Ingredienzen im etwa hälftigen Mischverhältnis zusammengebracht. Vernachlässigt wird dagegen der Umstand, dass es sich beim BSW um eine Partei handelt, die von einer langjährigen Galionsfigur der Linken unter Beteiligung linker Mandatäre<sup>8</sup> aus der Taufe gehoben worden und die in Stil und Habitus sichtlich diesem linken Erbe verpflichtet ist. Aber auch in

<sup>5</sup> Und dabei vielfach der AfD zugewandt. Vgl. P. Adorf (2018). A New Blue-Collar Force: The Alternative for Germany and the Working Class. *German Politics and Society*, 36(4), 29–49.

<sup>6</sup> Vgl. etwa J. M. Dostal (2024). Left Conservatism: Sahra Wagenknecht's Challenge to the German Party System. *The Political Quarterly*, im Erscheinen; T. Holzhauser (2024). *Nicht links oder rechts, sondern beides? Das Bündnis Sahra Wagenknecht nach der Europawahl*. Paris: IFRI Papers (Nr. 178); T. B. Peters & J. H. Bertels (2024). *Das „Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) – Vernunft und Gerechtigkeit“: Zwischen linkskonservativem Populismus, EU-Kritik und Russlandnähe*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

<sup>7</sup> Oder gar ein Übergewicht der konservativen Positionen, denn semantisch ist das Gerüst des Linkskonservatismus eben der Konservatismus. Das „links“ tritt hier lediglich als spezifizierender Begleitumstand auf. (In der Wertigkeit stimmiger wäre wohl eine Schöpfung wie *Rechtssozialismus*, die aber die Bürde einer direkten Assoziation mit dem Nationalsozialismus trüge.)

<sup>8</sup> Zu den Mitgründern des BSW zählen neben Wagenknecht auch eine Reihe anderer Abgeordneter der Linkspartei, die nun mit ihr im Bundestag als *Gruppe BSW* firmieren. Auch andere prominente Übertritte – etwa des ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeisters Thomas Geisel (zuvor SPD) oder des zur BSW-Spitzenkandidatin in Thüringen avancierten Eisenacher Stadtoberhauptes Katja Wolf (zuvor Linkspartei) – erfolgten aus linken Parteien. Namhafte BSW-Mitglieder mit Vergangenheit im bürgerlichen Lager oder gar in der AfD sind dem Autor nicht bekannt.

der Substanz bestehen dahingehend Unterschiede, dass den vermeintlich konservativen BSW-Positionen keineswegs dieselbe Rolle zukommt wie den linken. Erstere besitzen fast ausschließlich problemvermeidenden (evasiven) oder -lindernden (korrektiven) Charakter, während allein Zweitere den Keim einer positiven Zukunftsvision in sich tragen.

Dass das BSW zum Beispiel die Fluchtmigration begrenzen<sup>9</sup> will, ist weder als *ars gratia artis* zu verstehen, noch notwendigerweise dem Kalkül geschuldet, mit etwas konservativem Beiwerk bestimmte Wählerschichten zu erschließen. Stattdessen kommt hier die Überzeugung zum Tragen, dass eine zu liberale Migrationspolitik (also eine Migrationspolitik, die vom Großteil der Bevölkerung als zu liberal wahrgenommen wird) mit erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen einhergeht: Sie verschärft die Polarisierung, schwächt den sozialen Zusammenhalt und lässt ökonomische Ungleichheiten ins zweite Glied der Aufmerksamkeitshierarchie rücken. Ebenso mokiert sich die Partei nicht deshalb über Identitätspolitik, weil in ihr die Ansicht vorherrscht, kollektive Identität sei generell etwas Schlechtes, sondern – so Wagenknecht in den *Selbstgerechten* – weil es einer gleichheitsbemühten Linken schwer im Magen liegen muss, wenn sich „sprachmächtig[e] Meinungsführer aus der Mittelschicht“ anmaßen, darüber zu befinden, was „das Interesse der Frauen oder der Nachfahren von Einwanderern oder der Homosexuellen ist, und dabei natürlich von ihren eigenen Interessen ausgehen.“<sup>10</sup>

Das Konservative am BSW ist also kein Selbstzweck, kein Programm, wird nicht autotelisch, sondern funktional gedacht.<sup>11</sup> Immer ist es auf ein linkes Anliegen hingeorndet oder erscheint als Reaktion auf einen Umstand, der die Verwirklichung dieses Anliegens behindert. In diesem Sinne lässt sich auch der Parteinamenszusatz *Vernunft und Gerechtigkeit* verstehen, denn Vernunft ist anders als Gerechtigkeit eine instrumentelle Größe. Sie bedingt Gerechtigkeit aber insofern, als jene nur dort hergestellt werden kann, wo diese zuvor eingekehrt ist. Wo dagegen Unvernunft regiert, bleibt alles Gerechtigkeitsstreben auf die wohlmeinenden Bemühungen Einzelner beschränkt und versandet früher oder später in Beliebigkeit und Willkür. Aus Sicht des BSW bedeutet das: Erst wenn die politische Linke der Vernunft Folge leistet und von allzu nischenhaften und mehrheitsinkompatiblen

<sup>9</sup> Vgl. Bündnis Sahra Wagenknecht (2024). *Unser Parteiprogramm*. Berlin.

<sup>10</sup> S. Wagenknecht (2021). *Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt und New York: Campus, 113.

<sup>11</sup> Entsprechend scheint Holzhauser das Pferd falsch herum aufzuzäumen, wenn er einen Widerspruch darin erkennt, dass „die Gesellschaftspolitik für das Bündnis Sahra Wagenknecht eine zentrale Rolle spielt“ und gleichzeitig von Parteiseite aus die Auffassung vertreten wird, die politische Linke würde sich „zu sehr auf gesellschaftspolitische Themen [...] konzentrieren.“ Gerade weil der Postmaterialismus die Linke so fest im Griff hat, muss aus Sicht des BSW jedes Bemühen um ein Freilegen linker Inhalte darin bestehen, ihn möglichst öffentlichkeitswirksam abzustreifen. Indes bleibt dieses Abstreifen stets dem Ziel einer Popularisierung der so freigelegten Inhalte verpflichtet. Holzhauser (Fn. 6), 11.

Auswüchsen des Postmaterialismus abrückt, kann sie auch die Kraft aufbringen, sich ihrer ureigensten Aufgabe zu widmen und für Gerechtigkeit einzustehen. Ob sie die Bereitschaft dazu besitzt, stellt letztlich ihre Überlebensfrage dar.

Hinzu kommt, dass die als konservativ bezeichneten Positionen des BSW bei näherem Besehen nicht wirklich konservativ sind – jedenfalls nicht konservativ genug, als dass man den Begriff als deskriptiv maßgeblich ansehen müsste. Eine leistungsstarke Wirtschaft, ein solide aufgestellter Wohlfahrtsstaat, sozialer Ausgleich, Frieden und Demokratie sind schließlich Ziele, denen sich in der einen oder anderen Konfiguration auch jede andere Partei verpflichtet fühlt. Gleiches gilt für das Gros der Einzelforderungen: Menschen ohne jedes Bleiberecht schneller abzuschieben, ist inzwischen auch in der SPD guter Konsens. Die Kritik an den großen Digitalmonopolisten aus Übersee, das Eintreten für eine „faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit“<sup>12</sup> und der Vorschlag, einen *Zukunftsfonds* zur hiesigen Industrieförderung einzurichten, erscheinen ebenfalls lagerübergreifend zustimmungsfähig. Dagegen finden sich nur bedingt Positionen, die man von einer gesellschaftspolitisch konservativen Kraft eigentlich zu erwarten hätte. Keine Zeile etwa über die Förderung der Kernfamilie oder traditioneller Werte in der Erziehung. Und auch bei Themen wie Abtreibung, Glücksspiel, Prostitution oder sexueller Andersheit hält sich das BSW durchgehend bedeckt.<sup>13</sup>

Auf der anderen Seite besteht eine innere Gegenläufigkeit zum deutschen Konservatismus (falls sich ein solcher überhaupt ausmachen lässt<sup>14</sup>) auf dem Feld der Außenpolitik, wo der Begriff des Konservativen gemeinhin mit NATO und Westbindung, dem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, der Verantwortung für die Sicherheit Israels („Staatsräson“) und einem noch aus der Zeit der Blockkonfrontation stammenden Russlandskeptizismus assoziiert wird. Auch wenn die außenpolitische Haltung des BSW keinesfalls als Negativfolie all dessen zu verstehen ist, zeigt sich doch eine beträchtliche Differenz der Weltansichten, von der etwa auch das Eintreten Wagenknechts für „mehr Kompromissbereitschaft“<sup>15</sup> gegenüber Russland und ihr Vorschlag einer Volksabstimmung in der besetzten Donbassregion zeugt. Ein abermaliges Indiz dafür, dass die dem

---

<sup>12</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 3.

<sup>13</sup> Auch in ersten empirischen Untersuchungen findet sich keine Determinantenfunktion traditioneller Moralvorstellungen auf die Wahrscheinlichkeit, das BSW zu wählen. Vgl. N. D. Steiner & S. Hillen (2024). *Who Votes for the Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)? A Policy-Space Perspective*. Discussion Paper No. 2413. Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität.

<sup>14</sup> Tatsächlich lässt sich ideengeschichtlich eine Trennlinie zwischen Konservatismus und Christdemokratie ziehen. Nicht umsonst weisen CDU und CSU konservative neben liberalen und christlich-sozialen Werten nur als eine von drei tragenden Säulen ihrer Politik aus.

<sup>15</sup> Zitiert nach O. Klein (2024). So würde Wagenknecht mit Putin verhandeln. *ZDF.de*, 14.09.2024. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/wagenknecht-friedensplan-ukraine-krieg-russland-100.html>.

BSW zugeschriebene „variety of political positions pulled from the right“<sup>16</sup> in Wahrheit weder varietätenreich noch besonders *right* ist. Gewiss: Blickt man vom Standpunkt der radikalen Linken aus auf die Gemengelage, wird man im Lob auf den Mittelstand bereits eine Kapitulation vor kapitalistischen Partikularinteressen und in der Absage an offene Grenzen einen unappetitlichen reaktionären Impuls erkennen. Bemüht man sich aber um eine ganzheitlichere Betrachtung, weicht dieses Bild dem einer Partei, die (in den Worten Gerhard Schröders) nicht *alles anders*, aber *vieles besser* machen will. Und dort, wo sie doch etwas anders machen will, bewegt sie sich in der Regel auf vertrautem linken Terrain.

Nun ließe sich einwenden, dass das zwar alles schön und gut sei, aber doch dadurch nivelliert werde, dass die Parteigründerin selbst vom Linkskonservatismus spricht. Hat sie diesen Begriff schließlich nicht offen *geclaimed* und sich in der Debatte entsprechend positioniert?<sup>17</sup> Da sich im Schriftgut des BSW kein solcher Verweis findet, hilft abermals ein Blick in die *Selbstgerechten*, wo etwa im achten Kapitel tatsächlich kurz von „linkskonservativ“ die Rede ist. Dies aber nur in Form einer einschränkend konjunktivierten („Zugespitzt könnte man sagen...“<sup>18</sup>) Umschreibung des Umstandes, dass das organische Erleben von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit dem Einzelnen häufig überhaupt erst die Grundlage dafür bietet, ontologische Sicherheit zu erfahren und ein politisches Bewusstsein auszubilden. Abgestellt wird dabei auf einen kommunitaristisch durchhädeten Wertkonservatismus, nicht aber auf Konservatismus als Strukturprinzip, auf die – polemisch ausgedrückt – ideologievernutzte „Reanimierung eines muffig-bigotten Weltbildes“, das jedem „exotisch Aussehenden grundsätzlich mit Misstrauen begegnet und die edelste Bürgertugend in der Unterordnung unter Autoritäten sieht.“<sup>19</sup>

Es geht also um ein Konservatismusverständnis, das wohl am treffendsten *sozialdemokratisch* genannt werden kann<sup>20</sup> und auf der Einsicht beruht, dass tradierte Lebensweltelemente den sichersten Schutzwall gegen jenen gestaltlosen Kapitalismus darstellen, der sich mit Vorliebe die Maske des polyglotten Fortschrittsfreunds und Weltbürgers aufsetzt.<sup>21</sup> So oder so ist dieser konservative Anteil des vor den eigenen Parteiwagen gespannten Komposits aber etwas anderes als das, was in der Debatte gewöhnlich in den Begriff hineingelegt wird. Im Grunde baut er auf demselben Verfahren auf, mit dem man in konservativen Kreisen auch um

<sup>16</sup> L. Stokes (2024). Saha Wagenknecht Divides the German Left. *Dissent*, 70(4), 69–77, 69.

<sup>17</sup> Tatsächlich vermeidet Wagenknecht den Begriff inzwischen zur Selbstbezeichnung. Vgl. etwa C. Braband & M. Candeias (2024). *Nach der Trennung: Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des „Bündnis Saha Wagenknecht“ im Parteiensystem*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>18</sup> Wagenknecht (Fn. 10), 226.

<sup>19</sup> Wagenknecht (Fn. 10), 225.

<sup>20</sup> Konkret heißt es dazu: „Dessen ungeachtet haben [...] erfolgreiche sozialdemokratische Parteien, historisch oft genau das gemacht: *linkskonservative* Politik.“ Wagenknecht (Fn. 10), 226.

<sup>21</sup> Vgl. etwa N. Fraser (2019). *The Old is Dying and the New Cannot Be Born: From Progressive Neoliberalism to Trump and Beyond*. London: Verso.

Unterstützung für Natur- und Umweltschutz wirbt: Das Bewahren von Bewahrenswertem und Erhalten von Erhaltenswertem herausstellen und zugleich eine kritische Betrachtung jener Funktionalitäten zulassen, die es überhaupt erst bewahrens- und erhaltenswert machen. Denkbar fremd ist seinen Vertretern dagegen die über dieses Mosaik an Stabilisierungen, Gemeinschaftlichkeiten und Kohäsionseffekten herausreichende konservative Überzeugungstat. Und nicht minder fremd ist ihnen ein konservatives Bewusstsein im eigentlichen Sinne.

### Linksautoritär?

Bei all dem mag man dem Linkskonservatismus zugestehen, dass er immerhin über eine Binnenlogik und den Zauber der scheinbaren Paradoxie verfügt; Eigenschaften, die entscheidend zu seiner Popularisierung beigetragen haben dürften. Problematischer erscheint im Vergleich der Alternativbegriff *linksautoritär* – eine ebenso wuchtig wie bedrohlich anmutende Zuschreibung, die pflockhaft in den Diskursboden getrieben wird und zu wenig schmeichelhaften Assoziationen Anlass gibt. Unwillkürlich denkt man an Stalin und Ceaușescu, an Hoxha in Albanien, Ortega in Nicaragua und im deutschen Kontext vielleicht auch noch an die DDR. Wie könnte eine Partei in einer freiheitlichen Parteienordnung auch nur im Entferntesten in diese Reihe passen? Und doch hat der Begriff Konjunktur, findet unter publizistischen Kritikern wie Jan Schlemmermeyer (der dem BSW im *Neuen Deutschland* „antiliberaler Wutbewirtschaftung“<sup>22</sup> vorwirft) ebenso wie in Wissenschaftskreisen Verwendung.<sup>23</sup> Einer näheren Sachbestimmung unterzogen wird er dabei allerdings kaum; ganz so, als wüssten die, die ihn nutzen, selbst nicht so recht, was sie mit ihm meinen. Nur, dass er nichts Gutes bedeuten kann.

Was die Wissenschaft anbelangt, lässt sich indes erahnen, dass der Autoritarismusbegriff hier vielfach der sogenannten GAL-TAN-Skala entnommen ist. Diese Konzeptfigur geht davon aus, dass sich die klassischerweise horizontal gedachte Links-Rechts-Achse auf ihre ökonomische Dimension (mehr oder weniger Staatsintervention) eindampfen und sodann in der Vertikalen von einer gesellschaftlichen Achse schneiden lässt, bei der grüne (G), alternative (A) und libertäre (L) Positionen solchen entgegengesetzt sind, die als traditionell (T), autoritär (A) oder

---

<sup>22</sup> J. Schlemmermeyer (2024). Linke ohne Wagenknecht: Gegen den Autoritarismus von links. *ND-Aktuell.de*, 22.01.2024. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1179340.buendnis-sahra-wagenknecht-linke-ohne-wagenknecht-gegen-den-autoritarismus-von-links.html>.

<sup>23</sup> Vgl. etwa S. T. Franzmann, N. Kasten & A. Hensel (2024). (K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). *Demokratie-Dialog*, 14, 12–25; H. Kahrs (2023). Kulturkampf mit Wagenknecht: Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/23, 69–76; Thomeczek (Fn. 2).

nationalistisch (N) kategorisiert werden.<sup>24</sup> Es handelt sich also um eine „Erfindung, um den Parteienwettbewerb in [...] vier Feldern zu strukturieren“<sup>25</sup> und so zu einem Mehr an Nuancierung beizutragen. Was dabei (neben konzeptuellen Fragen<sup>26</sup>) aber offen bleibt, ist eine Bestimmung des TAN-Elements *autoritär* im Kontext demokratischer Parteipositionen, sodass man auch nach Durchsicht des Codebook-Eintrags im *Chapel Hill Expert Survey*<sup>27</sup> nicht viel anderes weiß, als dass es eine Wesensgleichheit mit nationalistischen und traditionellen Wertvorstellungen zu geben scheint und alle drei die Überzeugung eint, dass „the government should be a firm moral authority on social and cultural issues.“<sup>28</sup> Diese Feststellung wiederum hat erkennbar keinen Nationalismus- und nur bedingten Autoritarismuscharakter (da die Autorität des Staates hier primär *moralisch* verstanden wird), sondern deckt sich in erster Linie mit dem, was hinter der Begriffsfolie des Traditionellen steckt: Dem bereits diskutierten Konservatismus.

Ein erstes Problem des Autoritarismusbegriffs und des mit ihm verbundenen Adjektivs besteht also darin, dass er in vielen Fällen schlicht konservative Positionen aufgreift und diesen einen autoritären Zug nachsagt. Zum Teil wird diese Gleichsetzung auch eingestanden, etwa wenn Wagner in einem Interview mit der Onlineausgabe der *Welt* vom BSW als einer „Partei neuen Typs“ spricht und vermerkt, dass „genau das der Begriff linksautoritär [meint], den man auch durch *linkskonservativ* ersetzen könnte.“<sup>29</sup> Zwar mag es ihm dabei vorrangig um die Novität

---

<sup>24</sup> Vgl. L. Hooghe, G. Marks & C. J. Wilson (2002). Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration? *Comparative Political Studies*, 35(8), 965–989; G. Marks, L. Hooghe, M. Nelson & E. Edwards (2006). Party Competition and European Integration in the East and West: Different Structure, Same Causality. *Comparative Political Studies*, 39(2), 155–175.

<sup>25</sup> Kahrs (Fn. 23), 71.

<sup>26</sup> Vor allem die, inwieweit es sich bei dieser Adjektivbündelung überhaupt um eine Skala handelt. So stehen etwa grünes und libertäres Denken in vielen Bereichen in direktem Widerspruch zueinander, da grüne Politik dazu neigt, individuelle Handlungsspielräume zugunsten des Natur- oder Umweltschutzes einzuschränken, und libertäre Politik sich gegen diese Einschränkungen zur Wehr setzt. Weiter irritiert, dass bis auf das Gegensatzpaar autoritär–libertär keine skalentypische Spiegelung erfolgt. Und selbst wenn man nur die Frage nach Erweiterung oder Einschränkung persönlicher Freiheiten in den Blick nimmt, gerät man alsbald ins Straucheln: Die staatliche Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen ist beispielsweise sowohl freiheitserweiternd als auch in dem Sinne traditionell, dass sie die Privilegierung der monogam angelegten Partnerschaftsinstitution Ehe fortführt. Und umgekehrt ist die Forderung nach Geschwindigkeitsbegrenzungen auf hiesigen Autobahnen („Tempolimit“) oder veganer Kantinenkost sowohl freiheitseinschränkend als auch erkennbar grün respektive alternativ codiert.

<sup>27</sup> Vgl. Codebook: *Chapel Hill Expert Survey – Trend File, 1999–2019* (August 2022, Version 1.3). [https://static1.squarespace.com/static/5975c9bfdb29d6a05c65209b/z/648a0f0dd66bba2dbf72caf8/1686769423715/1999-2019\\_CHES\\_codebook.pdf](https://static1.squarespace.com/static/5975c9bfdb29d6a05c65209b/z/648a0f0dd66bba2dbf72caf8/1686769423715/1999-2019_CHES_codebook.pdf).

<sup>28</sup> Codebook: *Chapel Hill Expert Survey* (Fn. 27).

<sup>29</sup> J. A. Casper (mit A. Wagner) (2024). „BSW ist positionell näher dran an etablierten Parteien, als die AfD es jemals gewesen ist.“ *Welt.de*, 11.09.2024. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article253383972/BSW-ist-positionell-naeher-dran-an-etablierten-Parteien-als-die-AfD-es-jemals-gewesen-ist.html>.

dessen gehen, was er beschreibt, doch ist das Zusammenmengen grundlegend disparater Konzepte deshalb nicht weniger problematisch. Denn wie man es auch dreht und wendet: Autoritär ist etwas anderes als konservativ und autoritäre Parteien auch bei großzügiger Berücksichtigung etwaiger Schnittmengen fundamental anders verfasst als konservative Parteien. Im einen Fall wird eine ideologische Standortbestimmung vorgenommen, im anderen ein Handlungsmodus beschrieben, der gemeinhin auf undemokratische Formen der Machtsicherung und -ausübung abstellt. Selbst konservative Parteien im Wortsinne wie die britische *Conservative Party* oder die norwegische *Høyre* haben keinen wie auch immer garteten autoritären Charakter, sondern stellen (auf ihre eigene Weise) zentrale Bestandteile pluraler Parteienordnungen dar.

In jedem Fall gibt es damit mindestens zwei Möglichkeiten, wie sich der Linksautoritarismus des BSW auslegen lässt: Entweder als charmant fehletikettierter Spartenkonservatismus – dann ist der Begriff aber unglücklich gewählt und hat Anteil daran, die Partei in ein nachteiliges Licht zu rücken – oder als echter, von der konservativen Form losgelöster Autoritarismus, der sich in diesem Fall aber in der politischen Praxis spiegeln müsste. Dies zu prüfen ist indes kein leichtes Unterfangen, denn die Sphäre des Autoritären ist reichlich nebulös und beginnt für Autoren wie Wilhelm Heitmeyer als „autoritäre Eindunkelung“<sup>30</sup> bereits dort, wo staatliche „Kontrollregime zur Abwehr von Flüchtlingen installiert“ oder nicht näher ausgewiesene „Kontrollaktivitäten in Bezug auf Kriminalität, sexuelle Orientierungen, abweichende politische Positionen etc. verstärkt werden.“<sup>31</sup> Mehr Griffigkeit und Stringenz bietet hingegen Amos Perlmutter, der sämtliche autoritären Bewegungen der Moderne von fünf Elementen (radikaler Nationalismus, Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Ablehnung des Bürgertums sowie Antisemitismus/Rassismus<sup>32</sup>) getragen sieht; also einen Kriterienkatalog aufstellt, der mit Auftreten und Zielsetzung des BSW denkbar wenig Gemeinsamkeit besitzt. Noch am Ehesten ließen sich dort wohl Spuren eines antibürgerlichen Ethos ausmachen, zumindest, wenn man unter dem *bourgeois* vor allem jemanden „who espouses a specific [privileged] life style“<sup>33</sup> versteht. Als Sozialfigur sähe sich davon aber wohl eher der städtische *Hipster* respektive *Bobo* und nicht der Vertreter altbürgerlicher Konventionen angesprochen.

<sup>30</sup> Vgl. W. Heitmeyer (2018). *Autoritäre Versuchungen: Signaturen der Bedrohung I*. Berlin: Suhrkamp, 359.

<sup>31</sup> Heitmeyer (Fn. 30), *ibid.* Dass ein solches Autoritarismusverständnis in seiner Vagheit nur eingeschränkt aussagekräftig ist, scheint evident – zumal im konkreten Fall kaum davon auszugehen ist, dass das BSW sexuelle Orientierungen oder politische Meinungen kontrollieren will.

<sup>32</sup> Vgl. A. Perlmutter (1981). *Modern Authoritarianism: A Comparative Institutional Analysis*. New Haven: Yale University Press (Kapitel: The Ideology of Modern Authoritarianism).

<sup>33</sup> Perlmutter (Fn. 32), 83.

Nun sind seit Perlmutter's Arbeit mehrere Jahrzehnte ins Land gegangen, weshalb der Einwand naheliegt, dass der Autoritarismus der Gegenwart anders geartet sein mag: Weniger rigide und nicht mehr im selben Maß der Gedankenwelt des zwanzigsten Jahrhunderts verhaftet. Aber auch dieser Vorbehalt vermag die Kluft zwischen dem, was mit Fug und Recht als autoritär firmieren kann, und den Bestrebungen der Wagenknechtpartei nicht so recht zu schließen. *Case in point*: Schlemmermeyer, der hier politisch auf niemand Geringeren als Robespierre, ideologisch zudem auf Sorel und Niekisch verweist, schreibt vom linken Autoritarismus als dem „Versuch, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, indem man Demokratie und Rechtsstaat aufgibt.“<sup>34</sup> Der Leser mag selbst darüber befinden, inwieweit dem BSW ein solcher Vorwurf gemacht werden kann. Wirken Wagenknecht und ihre Mannen tatsächlich auf die Aufgabe des Rechtsstaats hin? Ist einer Partei, die von sich behauptet, „demokratische Mitbestimmung ausweiten“<sup>35</sup> zu wollen, zuzutrauen, dass sie in Wahrheit der Abschaffung der Demokratie das Wort redet? Besonders eigentümlich geraten diese Annahmen, wenn man bedenkt, dass das BSW sich explizit gegen eine andere Autoritarismusvariante wendet, nämlich jenen „*political authoritarianism* that dictates people how to live, heat, think and speak.“<sup>36</sup> Die vermeintlich Autoritären sind es also, die Konformitätszwänge ablehnen und für Meinungsvielfalt und dialogische Verfahren eintreten.

Ein letzter Punkt, den man vorbringen könnte, berührt schließlich die innere Verfasstheit des BSW. Denn mögen auch die Inhalte nicht autoritär sein – dass sich eine Politikerin ihr persönliches Wahlvehikel mit handverlesenen Mitgliedern geschaffen hat, auf innerparteiliche Demokratie also weitgehend verzichtet, trägt doch gewiss einen autoritären Zug? erinnert denn nicht schon die der hiesigen Polittradition fremde, hochgradig personalistische Namensgebung an die monozentrischen Führerkulte autoritärer Regime?<sup>37</sup> Ganz so einfach ist die Sache freilich nicht, denn auch wenn Wagenknecht unbestritten die Zügel ihrer Gründung in Händen hält, ist kaum anzunehmen, dass sich gestandene Persönlichkeiten wie der Fachpolitiker Fabio de Masi oder der ehemalige VN-Spitzen Diplomat Michael von der Schulenburg in ein allzu serviles Abhängigkeitsverhältnis haben lotsen lassen. Doch selbst für den Fall, dass das BSW tatsächlich autoritär geführt wird (das heißt: autoritärer als andere Parteien<sup>38</sup>), erscheint das Projizieren eines solchen organisatorischen Spezifikums auf die Positionsangabe *linksautoritär* im Mindest-

---

<sup>34</sup> Schlemmermeyer (Fn. 22).

<sup>35</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 4.

<sup>36</sup> Thomeczek (Fn. 2), 2.

<sup>37</sup> Das BSW selbst stellt in seinem Internetauftritt schlicht fest, dass „Parteien Gesichter brauchen“ und man sich daher gemeinsam dafür entschieden habe, „dass die Partei den Namen ihres prominentesten Mitgliedes tragen soll.“ Zugleich wird aber die Möglichkeit einer künftigen Umbenennung in Aussicht gestellt.

<sup>38</sup> Ein wirklich autoritärer Führungsstil ist im deutschen Parteienwesen nicht vorgesehen und auch unter rechtlichen Gesichtspunkten kaum möglich.

ten missverständlich: Laie wie Fachmann müssen hier ob der Versilbung mit „links“ natürlicherweise einen Ideologieverweis annehmen. An dessen Stelle nun auf einmal die Zentralstellung der Vorsitzenden zu setzen, wäre ähnlich fernliegend, wie bei einer für direkte Demokratie eintretenden Partei auf die Modalitäten ihrer Listenaufstellung statt auf die Forderung selbst zu verweisen.

### Linksnationalistisch?

Noch weniger überzeugt allein das nicht ganz so häufige,<sup>39</sup> gelegentlich aber doch anzutreffende Etikett des *Linksnationalismus*: Ein Mischwort, das man in der Literatur eher aus Fallstudien zu Schottland oder Katalonien kennt, also Regionen, deren starkes Identitäts- und Nationalgefühl eine inklusive und regelrecht progressistische („linke“) Komponente aufweist.<sup>40</sup> Doch auch dem spanischen Parteienbündnis Unidas Podemos,<sup>41</sup> dem argentinischen Ex-Präsidenten Néstor Kirchner<sup>42</sup> oder seinem indonesischen Amtskollegen Sukarno<sup>43</sup> sind in der Vergangenheit bereits linksnationalistische Neigungen nachgesagt worden. Dass beides sich wechselseitig keineswegs ausschließen muss, ist jedem Geschichtsinteressierten ohnehin längst bekannt: Legion sind die Fälle, in denen nationalistische Gefühlslagen mit linken Inhalten aufgeladen oder umgekehrt linken Zukunftsvisionen ein nationalistischer Bezugsrahmen übergestülpt wurde. Hier aber stellt sich erneut die Frage, welche BSW-Positionen es sind, denen man berechtigterweise einen so stigmaträchtigen<sup>44</sup> Mühlstein umhängen kann. Worin liegt die nationalistische Substanz der Partei und in welchen Politikfeldern schlägt sie sich nieder?

Allzu viele Möglichkeiten kommen hier nicht in Betracht. Da wäre etwa die Wirtschaftspolitik, in der sich das BSW gutkeynesianisch binnenmarktorientiert gibt – also die heimische Kaufkraft stärken möchte, anstatt nur für den Export zu produzieren. Zugleich streicht es seine Besorgnis über die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands heraus, warnt vor einem Zerriebenwerden zwischen „US-Datenkra-

---

<sup>39</sup> Prominenter ist wohl das Argument, die *Wähler* des BSW seien linksnationalistisch (und nicht linkskonservativ) eingestellt. Vgl. Steiner & Hillen (Fn. 13).

<sup>40</sup> Vgl. J.-T. Arrighi (2019). 'The People, Year Zero': Secessionism and Citizenship in Scotland and Catalonia. *Ethnopolitics*, 18(3), 278–297.

<sup>41</sup> Vgl. J. Custodi (2020). Nationalism and populism on the left: The case of Podemos. *Nations and Nationalism*, 27(3), 705–720.

<sup>42</sup> Vgl. F. Panizza (2005). Unarmed Utopia Revisited: The Resurgence of Left-of-Centre Politics in Latin America. *Political Studies*, 53(4), 716–734. Wie die Ideenwelten anderer „Linksnationalisten“ Südamerikas war auch die Kirchners progressivismuskompatibel und bewegungsorientiert.

<sup>43</sup> Dort in Gestalt der von Sukarno angeführten „[n]ationalist left-wingers“ und ihrer Verbündeten. J. A. Verdoorn (1946). Indonesia at the Crossroads. *Pacific Affairs*, 19(4), 339–350, 342.

<sup>44</sup> Vgl. etwa M. Bitschnau & M. Mußotter (2024). (National) pride and (conceptual) prejudice: critical remarks on the distinction between patriotism and nationalism. *Journal of Political Ideologies*, 29(1), 64–78.

ken“ und „chinesischen IT-Ausrüstern“<sup>45</sup> und will mit schärferer Kartellpolitik kleine und mittlere Betriebe vor der Macht der Großkonzerne schützen. Ein protektionistischer Zug findet sich weiter im Vorschlag, Importe aus Drittstaaten, die sich „Wettbewerbsvorteile durch Steuer-, Sozial- und Umweltdumping verschaffen [...] mit angemessenen Importzöllen [zu belegen].“<sup>46</sup> Wirklich nationalistisch ist aber nichts von alledem, zumal die meisten Forderungen europapolitisch eingefasst sind und selbst das BSW-Gründungsmanifest einzig mit der Formel aufwartet, die deutsche Wirtschaft bilde das „Rückgrat unseres Wohlstands und [müsse daher] erhalten bleiben.“<sup>47</sup> Würde man entlang dieser Selbstverständlichkeit bereits die Grenze zum Nationalismus ziehen, wären SPD, CDU, FDP und selbst Grüne in dieselbe Riege einzuordnen. Ganz zu schweigen von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Wohlfahrtsorganisationen.

Auch die Außenpolitik des BSW erscheint für sich genommen wenig nationalistischverdächtig. Die hier wohl strittigste Forderung, jene nach einem Verzicht auf weitere Rüstungsexporte in die Ukraine, mag man je nach Standpunkt als konsequenten Pazifismus oder naives Hasardspiel, als notwendigen Schritt zum Einleiten von Friedensverhandlungen<sup>48</sup> oder mangelnde Solidarität mit Europas Peripherie werten. Nur nationalistisch ist weder die eine noch die andere Lesart – nirgendwo findet sich in den BSW-Programmen auch nur eine Spur von Chauvinismus oder übersteigertem Nationalgefühl. Im Gegenteil: Demonstrativ stellt sich die Partei in die Nachfolge Willy Brandts, betont den Wert der Völkerverständigung und postuliert eine nachhaltige Friedenspolitik, die in eine „neue Ära der Entspannung“<sup>49</sup> einmünden soll. Die Vermutung, hier habe jemand vor allem das Wohl der eigenen Nation im Blick, stellt sich allenfalls ein, wenn räsoniert wird, dass „US-amerikanische Interessen sich von deutschen Interessen zum Teil erheblich unterscheiden“<sup>50</sup> und man mit der (teilweisen) Umwidmung des Verteidigungsbudgets Projekte im Sozial- und Wissenschaftsbereich, darunter neue Kindergärten, Spitäler, Pflegeeinrichtungen und selbst die „Erforschung umweltschonender Technologien“<sup>51</sup> finanzieren könnte.

---

<sup>45</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (2024). *Programm für die Europawahl 2024*. Berlin, 3.

<sup>46</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 45), 4.

<sup>47</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 2.

<sup>48</sup> Für das BSW wäre ein umfassender Exportstopp an die Bedingung gekoppelt, dass Russland sich zur Aufnahme von Verhandlungen bereit erklärt. Manche Autoren sehen in diesen und ähnlichen Ausführungen eine generelle „Russlandfreundlichkeit“ der Partei. Vgl. Franzmann, Kasten & Hensel (Fn. 23), 21. Naheliegender ist, dass das Fehlen einer ausdrücklichen Russlandgegnerschaft zur Unterstützungshaltung umgedeutet wird.

<sup>49</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 3

<sup>50</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), *ibid.* Vgl. auch Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 45).

<sup>51</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), *ibid.*

Doch auch in diesen beiden Fällen scheint Nationalismus die falsche konzeptuelle Linse zu sein. Dass die Interessenslagen Deutschlands und der Vereinigten Staaten nicht immer deckungsgleich sind, ist trivial – und die Folgerung, sich stärker dem eigenen Kontinent zuzuwenden,<sup>52</sup> etwas, das in Ländern wie Frankreich auch in linken Kreisen zum guten Ton gehört. Zudem wird von Seiten des BSW nicht gefordert, Deutschland möge sich fortan allein auf nationale Interessen besinnen, sondern angenommen, dass das Verfolgen dieser Interessen das natürliche Verhalten eines Staates auf internationalem Parkett ist und die politische Konkurrenz sich vor allem im Hinblick auf ihren Charakter irrt. Ähnlich verhält es sich auch mit der Frage, ob das Geld, das man für militärisches Gerät bereithält, nicht anderswo besser angelegt wäre. Was hier aufscheint, ist ein Priorisierungskonflikt, in dem beide Alternativen als interessensgeleitet eingestuft werden können; kein Szenario, bei dem gefordert wird, das nationale Bedürfnis nach Wohlfahrt zulasten eines nicht-nationalen Ziels in den Vordergrund zu rücken. Doch wäre auch in einem derartigen Fall eine Grenze zum Nationalismus klassischer Lesart zu ziehen, der das simple Eintreten für die Belange der Nation übersteigt und einen inhärent affektiven Charakter besitzt. Einer wirklich nationalistischen Kraft kann schon deshalb nicht an bloß rationaler Abwägung gelegen sein, weil jede solche Abwägung den Keim der Affektnegation bereits in sich trägt.

Da sich zur Entwicklungszusammenarbeit wenig Konkretes findet, gäbe es abschließend noch die Europa- und Migrationspolitik<sup>53</sup> als mögliche Nationalismusquellen. Bei Ersterer stößt man vor allem auf Prozesskritik an der europäischen Integration, wie sie seit Jahr und Tag auch in der Linkspartei gepflegt wird. So prangert das BSW etwa die Postenvergabe im Brüsseler Apparat an, betont die haushaltspolitische Souveränität der Mitgliedsstaaten und klagt, dass jedes Jahr „Milliarden aus den EU-Töpfen in undurchsichtige Projekte [fließen], die Unternehmen mit starker Lobby [...] reich machen.“<sup>54</sup> Wirklich neu ist nur wenig davon und von nationalistischen Befindlichkeiten zeugt noch weniger. Vielmehr scheint man den europäischen Institutionen in ihrer derzeitigen Form zwar skeptisch gegenüberzustehen, partnerschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Rahmen

---

<sup>52</sup> Die vom BSW präferierte Alternative zur Bündnisabhängigkeit von den Vereinigten Staaten ist, notabene, kein Isolationismus, sondern eine Stärkung der Brückenfunktion Europas.

<sup>53</sup> So ordnen Steiner und Hillen der Werteachse Nationalismus/Transnationalismus drei Items zu, die Einstellungen zu Migration (vereinfachen oder erschweren), Assimilation (Kultur des Gastlandes annehmen oder nicht annehmen müssen) und innereuropäische Solidarität (finanziell angeschlagene EU-Staaten unterstützen oder nicht unterstützen) umfassen und damit die beiden genannten Felder abdecken. Dabei bleiben jedoch einige Fragen offen: Warum etwa soll der Wunsch nach weniger Migration ein Ausweis für Nationalismus sein? Wieso ist von Transnationalismus die Rede, obwohl gerade die ersten beiden Items eher Internationalismus nahelegen? Und weshalb wird angenommen, dass Assimilationsforderungen – im Grunde konservative Anliegen – eine nationalistische Qualität besitzen, wo doch einem Nationalisten ebenso gut an volksgrupplicher Separation und kultureller Exklusivität gelegen sein kann? Vgl. Steiner & Hillen (Fn. 13).

<sup>54</sup> Bündnis Sahara Wagenknecht (Fn. 45), 8.

aber dennoch wertzuschätzen. Zwei Punkte, von denen der eine gerne als Ausdruck latenter Europafeindlichkeit gedeutet wird, während der andere zumeist unter den Tisch fällt. Und das, obwohl Wagenknecht bereits in den *Selbstgerechten* Leitsätze deklariert hatte, die zu anderen Zeiten selbst Emmanuel Macron zur Ehre gereicht hätten: „Klima und Umwelt lassen sich nicht in den Grenzen eines Landes retten. [...] Ein einiges Europa hätte es [außerdem] sehr viel leichter, sich zwischen den [konkurrierenden Großmächten] USA und China zu behaupten.“<sup>55</sup> Dem tut auch die Feststellung keinen Abbruch, dass der Nationalstaat noch immer die einzige Instanz darstellt, die „in nennenswertem Umfang Marktergebnisse korrigiert, Einkommen umverteilt und soziale Absicherungen bereitstellt.“<sup>56</sup> Und damit aus BSW-Sicht auch weiterhin als *aliquid sine qua non* gelten muss.

Bleibt die Migrationspolitik als gleichermaßen dauersalienter und umstrittener Themenbereich, der seit jeher mit der Problematik zu kämpfen hat, dass präzise Positionsbestimmungen durch das häufige Zusammenbinden disparater Sachlagen erschwert werden. Gerade unterschiedliche Formen von Flucht- und Arbeitsmigration werden hier häufig miteinander verknäuelte und durch integrationspolitische Folgedebatten noch weiter aus der Sphäre des topischen Ideenwettstreits herausgelöst. Bedenkt man vor diesem Hintergrund, dass dem BSW nicht nur ein besonderer Fokus auf Migrationsfragen,<sup>57</sup> sondern auch eine veritable Aversion gegenüber Zuwanderern nachgesagt wird, nimmt der ebenso knappe wie differenzierte Ansatz des Gründungsmanifests nicht wenig wunder. „Wer in seiner Heimat politisch verfolgt<sup>58</sup> wird, hat Anspruch auf Asyl“, heißt es dort unmissverständlich. Aber auch: „Migration ist nicht die Lösung für das Problem der Armut auf unserer Welt“<sup>59</sup> und kein unabhängig vom Willen des Aufnahmestaates bestehendes Recht. Menschen, die nur in der Hoffnung auf ein besseres (das heißt: finanziell abgesicherteres) Leben eingereist sind, haben das Land daher baldmöglichst wieder zu verlassen. Ihnen ist mit europäisch koordinierter Hilfe in ihren Heimatländern ohnehin besser gedient.<sup>60</sup>

---

<sup>55</sup> Wagenknecht (Fn. 10), 233. Die hauptsächliche Trennlinie verläuft hier für Wagenknecht zwischen Utopismus und Realitätssinn. So hält sie etwa eine Vertiefung der europäischen Einigung (bis hin zu den Vereinigten Staaten von Europa) für ein wünschenswertes Fernprojekt, erkennt aber auch den eskapistischen Gehalt solcher Gedanken und mahnt daher, sich mehr mit Problemen des Hier und Jetzt zu beschäftigen.

<sup>56</sup> Wagenknecht (Fn. 10), 230. Vereinzelt wird dieser Nationalstaatsbezug fälschlicherweise mit Nationalismus gleichgesetzt. Vgl. als Beispiel D. F. Patton (2024), *The Ukraine War as a Driver of Intraparty Conflict: Germany's Left Party and the AfD*. *German Politics*, 33(3), 463–488.

<sup>57</sup> Vgl. etwa Dostal (Fn. 6).

<sup>58</sup> Wie das Europaprogramm der Partei klarstellt, schließt dies die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen ein, die nach der Genfer Konvention, nicht aber nach Art. 16 GG schutzberechtigt sind.

<sup>59</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 4.

<sup>60</sup> Vgl. Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 45).

Es hat einen irritablen Zug, dass ein solcher Angang, der in weiten Teilen schlicht der geltenden Rechtslage und gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung entspricht, offenbar als nationalistisch oder einseitig rechtslastig verstanden werden kann.<sup>61</sup> Ehrlichkeit im Hinblick auf die Schattenseiten von Migration oder die Schwierigkeiten, die sich aus kapazitätssprengenden Zuzugszahlen auch für die Eingliederung der Angekommenen ergeben, ist kein ressentimentübersteuerter Spleen, sondern für eine ganzheitliche Betrachtung des Themas ebenso unerlässlich wie die Tatsache, dass Migration selbstredend auch „eine Bereicherung“<sup>62</sup> sein kann. Wenn das BSW hier politisch nachjustieren will, dann augenscheinlich nicht aus dem Impuls heraus, die eigene Nation vor ethnokulturellen Fremdeinflüssen schützen zu müssen, sondern weil es die Sorge umtreibt, dass für „mislungene Integration [...] in erster Linie diejenigen [aufkommen], die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.“<sup>63</sup> Nicht Nationalismus (dem solche Segmentarität fremd ist) und erst recht kein Positionieren als „AfD light“<sup>64</sup> findet sich in diesen Zeilen – vielmehr wird ein Verständnis dafür erkennbar, dass auch wohlmeinenden Politikansätzen immer ein Preisschild anhängt. Die aufgerufene Summe mag der Wähler am Ende zahlen oder nicht. Zumindest aber sollte er sie kennen.

## Fazit

So viele Fragen zum BSW auch offen sein mögen, eines scheint für den Moment klar: Mit der politischen Verortung der neuen Kraft und begrifflichen Axiomatisierung ihres Ideologiekerns tut man sich vielerorts schwer und macht es sich andernorts zu leicht. Zuschreibungen wie linkskonservativ, linksautoritär und linksnationalistisch sind Beispiele für auf den ersten Blick plausibel erscheinende, analytisch aber wacklige Benennungsversuche, die in vielen Fällen dem Umstand geschuldet sind, dass man meint, das zu Benennende mit dem vorhandenen Vokabular noch weniger benennen zu können. Eine Konstellation, die auch in vielen anderen Fällen zum sprachlichen Ausgreifen, zur Neologismen- und Kofferwortbildung verleitet,<sup>65</sup> und in gewisser Hinsicht mit einem Wüschelrutengang verglichen werden kann. Je größer der Drang, etwas zu finden, desto fester greift man das Holz und desto eher ist man bereit, in der eigenen Zittrigkeit bereits ein unzweifelhaftes Anzeichen des Erfolgs zu erkennen. Dabei lässt sich die Bezeichnung als linkskonservativ zumindest noch damit begründen, dass die Namensge-

---

<sup>61</sup> Ähnliche Vorwürfe waren auch schon in Bezug auf Wagenknechts gescheitertes Bewegungsprojekt *Aufstehen* laut geworden. Prominent etwa: Q. Slobodian & W. Callison (2019). Pop-Up Populism: The Failure of Left-Wing Nationalism in Germany. *Dissent*, 66(3), 41–47.

<sup>62</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 4.

<sup>63</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), *ibid.*

<sup>64</sup> Holzhauser (Fn. 6), 20.

<sup>65</sup> Prominente Beispiele sind Personalideologien wie Trumpismus, Macronismus oder Merkelismus.

berin der Partei sich zeitweilig selbst auf den Begriff bezogen hat.<sup>66</sup> Dies aber wie dargestellt in zugespitzter Form und unter Bezugnahme auf ein unpolitisches, lebensweltlich geartetes Konservatismuskonzept.

Schwieriger zu verteidigen sind dagegen Begriffe wie linksautoritär oder linksnationalistisch, denn weder den Positionen der Partei noch den öffentlichen Äußerungen Wagenknechts lassen sich Inhalte entnehmen, die im engeren Sinne als autoritär oder nationalistisch zu kategorisieren wären. Jedenfalls dann nicht, wenn man mit *autoritär* (etwa im Sinne Perlmutterers) mehr meint als das bloße Einstehen für einen starken Staat und mit *nationalistisch* mehr als die auch heute noch weitgehend konsensfähige Ansicht, dieser sei als Nationalstaat zu organisieren und wie jeder Nationalstaat zuvorderst seinem Staatsvolk als Träger seiner Souveränität verpflichtet. Was das BSW stattdessen kennzeichnet, ist eine Repriorisierung sozialer Kohäsion und ökonomischer Solidität gegenüber dem postmaterialistischen Geflecht, das diese Ecksteine linker Politik seit Jahren überglänzt und dessen Unterstützern es vorwirft, „Menschen zu erziehen und ihren Lebensstil und ihre Sprache zu reglementieren.“<sup>67</sup> Ein strategischer Angang, den manche als kontraproduktiv geißeln, während ihn andere für einen dringend nötigen Befreiungsschlag halten; bei dem man sich aber in beiden Varianten keinen Gefallen tut, ihn in ein Korsett zu zwängen, das ihm offenkundig nicht so recht passen will. Denn nicht der Wille der Nation oder die Autorität der Staatsmacht steht für das BSW im Zentrum der Bemühungen, sondern das von links vorgetragene Bestreben, einem ausfransenden Gesellschaftsgefüge neue Spannkraft zu verleihen.

Mithin mag sich gar der Eindruck einer abwertenden Falschetikettierung einstellen, kann doch keiner der genannten Begriffe in der Gegenwartssprache als wertneutral gelten. Alle besitzen sie einen, wenn nicht despektierlichen, so wenigstens anrühigen Beiklang: Linkskonservativ legt Querfrontdenken nahe, linksautoritär dogmatischen Vulgärsozialismus und linksnationalistisch irredentistische Guerillaromantik. Auch vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob es nicht das Beste wäre, vom BSW schlicht als linker Partei zu sprechen – mit der Einschränkung, dass sie eben *nicht* postmaterialistisch oder progressistisch verfasst ist.<sup>68</sup>

---

<sup>66</sup> Selbst wenn Wagenknecht das BSW noch immer als linkskonservativ bezeichnen würde: Es ist gute analytische Praxis, Eigenverortungen nicht kritiklos zu übernehmen. Ansonsten wäre man veranlasst, jeden Rechtsextremen zum Patriot und jeden Linksextremen zum Befreiungskämpfer zu erklären.

<sup>67</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 9), 4.

<sup>68</sup> Der Umstand, dass sich weniger die vermuteten Unterstützer der AfD, sondern vor allem ehemalige Wähler von Linkspartei und SPD von der neuen Partei angezogen fühlen, mag als weiteres Indiz hierfür dienen. Ebenso auch die Einschätzung von Hajo Funke, der sich im Gespräch mit der *Berliner Zeitung* konsterniert darüber zeigt, wie rasch man das BSW mit einer „Kaskade von Begriffen wie populistisch, rechtsoffen oder Starkult“ überhäuft. Für ihn ist es in erster Linie ein Sammelbecken von enttäuschten Sozialdemokraten, kritischen Gewerkschaftern „aber auch ungebundenen Linken und Sozialliberalen“ und seiner Ideologie nach „pragmatisch, sozial und

Ohnehin scheint ja ein Gutteil der Konfusion aus der Gewohnheit zu rühren, postmaterialistische Inhalte als inhärentes Element linker Politik anzusehen, obgleich sowohl der Blick in die Geschichte als auch in andere Teile der Welt das Gegenteil verrät.<sup>69</sup> Insofern wäre auch die Folgerung Holzhausers (das BSW sei „keine linke Partei im klassischen Sinne“<sup>70</sup>) geradezu spiegelbildlich umzukehren. Es ist nämlich genau das: klassisch statt postklassisch links.

Angesichts der hegemonialen Stellung des Postmaterialismus innerhalb der deutschen Linken lässt sich durchaus die Frage aufwerfen, ob das Herausstellen dieser Konstellation (links aber nicht postmaterialistisch) nicht doch eines eigenen Begriffes bedarf. Als Skeptiker würde man einwenden, dass eine gewisse Spannweite an eingeschränkt kongruenten Positionen selbst innerhalb derselben Parteienfamilie nicht ungewöhnlich ist. Man denke nur an die dänische Sozialdemokratie, die einen ähnlichen migrationspolitischen Ansatz wie das BSW verfolgt (wenn nicht gar einen bedeutend schärferen),<sup>71</sup> deshalb aber nicht weniger sozialdemokratisch ist als ihre Schwesternparteien. Um wie viel mehr muss man dann erst Unterschiede innerhalb eines so generischen Labels wie *links* tolerieren? Als Befürworter würde man dem entgegenhalten, dass Parteienfamilien einen historisch gewachsenen Wesenskern haben, der in den allermeisten Fällen dominant genug ist, Abweichungen in Einzelfragen zu überdecken. Das BSW repräsentiert in dieser Perspektive einen grundlegend neuen Parteiotyp, dem man ein grundsätzliches Linkssein zwar nicht absprechen, es im Hinblick auf seine Andersartigkeit aber in eine neue begriffliche Form bringen möchte. Doch selbst für den Fall, dass man dieser zweiten Sicht zuneigt, müssen die hier besprochenen Ideologieligaturen (die *links-* zur Vorsilbe adjektivischer Mängelverweise degradieren) nicht der Weisheit letzter Schluss sein.<sup>72</sup> Manchmal mögen Wünschelruten ja schon bei ihrem ersten Einsatz funktionieren. Häufiger aber tun sie es nicht.

---

ökonomisch links.“ R. Schack (mit H. Funke) (2024). „Ich verstehe nicht, wie Medien von rechts offen sprechen können.“ *Berliner-Zeitung.de*, 25.02.2024. <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/hajo-funke-ueber-wagenknecht-partei-wie-rechtsoffen-ist-bsw-li.2188997>.

<sup>69</sup> Zu nennen wären hier linke Kräfte in Osteuropa und Südamerika. Selbst für einen bekennenden Sozialisten wie Perus ehemaligen Präsidenten Pedro Castillo war etwa ein „profoundly conservative stance on social issues“ selbstverständlich. Vgl. hierzu P. Muñoz (2021). *Latin America Erupts: Peru Goes Populist*. *Journal of Democracy*, 32(3), 48–62, 55.

<sup>70</sup> Holzhauser (Fn. 6), 30.

<sup>71</sup> Vgl. etwa R. Mariager & N. Wium Olesen (2020). *The Social Democratic Party: From Exponent of Societal Change to Pragmatic Conservatism*. In: P. Munk Christiansen, J. Elklit & P. Nedergaard (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Danish Politics* (279–295). Oxford: Oxford University Press.

<sup>72</sup> Instinktiv würde hier *altlinks* naheliegen, doch wäre hier wohl die Verwechslungsgefahr mit der *alt-left* zu groß (deren *alt* ja eine Kurzform von *alternative* ist und damit einen Alteritätswert in sich trägt).